

Schüler in Vorpommern-Rügen fahren kostenlos mit dem Bus

Ostsee-Zeitung 2.3.2022

Ab dem neuen Schuljahr gilt das auch in der Freizeit / Gleichzeitig entfällt die Mindestentfernung

Von Almut Jaekel

Ribnitz-Damgarten/Grimmen. Ab dem neuen Schuljahr können die Schülerinnen und Schüler im Kreis Vorpommern-Rügen nicht nur kostenfrei mit dem Bus zur Schule fahren, sondern den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) auch in ihrer Freizeit nutzen, ohne dafür zu bezahlen. Das gilt auch für Fahrten beispielsweise zum Sporttraining, zur Musikschule oder ins Kino und wurde so am Montagabend von den Kreistagsmitgliedern bei ihrer Sitzung in Grimmen beschlossen.

„Ich finde das richtig gut“, sagt Justin Köhler. Der 13-Jährige nutzt den Schulbus, um aus Glewitz nach Grimmen zur Schule zu kommen. Nach Schulschluss Freunde aus seiner Klasse zu besuchen, die in umliegenden Dörfern wohnen, oder zum Baden zu fahren werde so für ihn einfacher. Lene Vorwieger aus Kandelin will den kostenfreien Bus in ihrer Freizeit künftig ebenfalls nutzen. „Zum Beispiel, um damit in die Stadt zu fahren“, sagt das Mädchen.

Lukas Hoppe aus Vietlipp fährt fast täglich mit dem Fahrrad zur Schule, aber nachmittags könne auch er so den Kontakt zu den Freunden, die in verschiedenen Dörfern



Schüler in Vorpommern-Rügen können den Bus ab dem kommenden Schuljahr auch in ihrer Freizeit kostenlos nutzen. FOTO: ALMUT JAEKEL

wohnen, besser halten. Auch Maximilian Kruse aus Grimmen ist kein Fahrschüler. „Aber wenn das künftig kostenlos ist, kann ich öfter meine Oma nach der Schule in Elmenhorst besuchen“, plant er.

Bestandteil des Doppelhaushalts

Die kostenlose Beförderung der Schüler über den Schulweg hinaus auch in ihrer Freizeit ist Bestandteil des Doppelhaushalts 2022/23, der am Montagabend vom Kreistag mehrheitlich mit nur vier Gegenstimmen das Plenum passierte. „Das ist ein üppiger, großer

Haushalt, mit dem für jedes der beiden Jahre je 500 Millionen Euro zur Verfügung stehen und bei dem der Hebesatz für die Kreisumlage der Gemeinden konstant bleibt“, verkündete Benjamin Heinke, Fraktionsvorsitzender der CDU, weitere positive Nachrichten.

Eingearbeitet worden war das sogenannte Schülerticket in den Doppelhaushalt auf Wunsch des Mobilitätsausschusses auf Antrag der Fraktionen der CDU Vorpommern-Rügen sowie FDP/Bürger für Stralsund und Bürger Vorpommern-Rügen/Freie Wähler. Und es fand bei den Kreistagsmitgliedern am Mon-



FOTO: FRANK PUBANITZ

„Das ist der richtige Weg, um unseren Kreis für junge Menschen attraktiver zu machen.“

Mathias Löttge
Fraktionsvorsitzender
Bürger Vorpommern-Rügen/Freie Wähler

tag große Zustimmung. Für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 sind somit zusätzliche finanzielle Mittel in Höhe von acht Millionen Euro notwendig. „Das ist der richtige Weg, um unseren Kreis für junge Menschen attraktiver zu machen“, sagte beispielsweise Mathias Löttge, Fraktionsvorsitzender der Bürger Vorpommern-Rügen/Freie Wähler.

Längst nicht alle Probleme vom Tisch

Jahrelang sei von den Linken und den Grünen diese kostenlose Beförderung aller Schüler gefordert worden, sagte Christiane Latendorf (Die

Linke). Deshalb sei diese Entscheidung gut, aber sie mache die Schere zwischen Stadt und Land auch größer. Denn außerhalb der Städte würde außerhalb der Schulzeiten gar kein ÖPNV unterwegs sein. Insofern fordert sie die intensive Erarbeitung weiterer Strukturen, weiterer Angebote für den ländlichen Bereich. Ein Beschluss zum eigentlichen Nahverkehrsplan wurde jedoch auf die nächste Kreistagssitzung verschoben.

Dass mit dem kostenlosen Schülerverkehr auch in der Freizeit längst nicht alle Probleme vom Tisch sind, zeigt das Problem von Jessica Herrmann-Rahn aus Falkenhagen, das es so oder ähnlich in mehreren abgelegenen Orten im Kreis Vorpommern Rügen gibt: Nach Falkenhagen fährt nämlich überhaupt kein Bus – weder einer, der Kinder zur Schule bringt, noch einer, der in der Freizeit für sie da wäre. Es gibt gar keine Bushaltestelle. Die Kinder müssen bis ins Nachbardorf Reinberg an einen ehemaligen Schulstandort laufen und dort in den Bus einsteigen. Die Falkenhagenerin brachte dieses Problem in der Einwohnerfragestunde beim Kreistag vor und Landrat Stefan Kerth versprach, darauf zeitnah eine Antwort zu geben.